

Fehlbesetzung auf der Anklagebank

Statt auf öffentlich überführte Waffen-Geschäftemacher richtet die Justiz ihr Auge auf die Enthüller, darunter Jürgen Grässlin

Die Justiz müsste ein Interesse an der Aufdeckung von Straftaten haben und diese ahnden? Nicht immer offenbar, zeigt der Fall des Friedensaktivisten Jürgen Grässlin.

Von Josephine Schulz

Wäre es nach Jürgen Grässlin gegangen, würde es auf der Stuttgarter Anklagebank bald eng. Gegen 15 Personen hatte er vor mehr als fünf Jahren Anzeige erstattet: Mitarbeiter der Waffenschmiede Heckler & Koch, des Wirtschaftsministeriums und Bundesausfuhramtes. Über Jahre hatte er recherchiert und ihre Verwicklungen in illegale Waffenlieferungen in mexikanische Konfliktregionen dokumentiert. Hunderte Seiten interner Dokumente, zugespielt von Whistleblowern bei Heckler & Koch, hatte er den Ermittlungsbehörden zur Verfügung gestellt. Doch die entschieden: Nur in fünf Fällen rechtfertigten die Recherchen die Eröffnung eines Verfahrens.

Statt der Mitarbeiter des Ausfuhramtes und Wirtschaftsministeriums könnte Grässlin nun bald selbst auf der Anklagebank sitzen. Und zwar wegen eben dieser Whistleblower-Dokumente. »Deutschlands bekanntester Rüstungsgegner«, wie ihn die »Zeit« nennt, steht zusammen mit den Journalisten Daniel Harrich und Danuta Harrich-Zandberg im Fokus von Ermittlungen der Münchener Staatsanwaltschaft. Der Vorwurf: Grässlin und die beiden Filmemacher hätten »verbotene Mitteilungen über Gerichtsverfahren« gemacht.

Gemeint sind damit die preisgekürzte ARD-Dokumentation »Tödliche Exporte – wie das G36 nach Mexiko kam« und das Buch »Netzwerk des Todes. Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden«. Darin wird aus den internen Schriftstücken zitiert, die Teil der Ermittlungen gegen Heckler & Koch-Mitarbeiter sind, für die die Staatsanwaltschaft Stuttgart fünf Jahre brauchte. Ermittlungen im Fall der mutmaßlich Verantwortlichen bei den staatlichen Kontrollbehörden wurden gar nicht erst aufgenommen.

»Die Staatsanwaltschaft spielt mit allen juristischen und taktischen Kniffen, um eine Erweiterung des Verfahrens zu verhindern«, meint Grässlins Anwalt Holger Rothbauer. Der Friedensaktivist selbst spricht von einem »Skandal ohnegleichen«. »Erschreckend ist vor allem, dass wir uns nicht nur in einem Kampf gegen die Rüstungsindustrie und führende Politiker der Regierungsparteien befinden, sondern auch gegen Teile der deutschen Justiz«, so Grässlin. Für ihn ist sicher, dass die Ermittlungen gegen



Jürgen Grässlin, der gegen und nicht mit Waffen kämpft, könnte für seinen Einsatz gegen deutsche Rüstungsexporte verurteilt werden.

Foto: dpa/Hannibal

ihn als Einschüchterungsversuch zu verstehen sind. »Normalerweise dürfte man erwarten, dass eine Staatsanwaltschaft dankbar ist, wenn investigative Journalisten solche offensichtlich illegalen Machenschaften aufdecken.« Stattdessen werde juristisch gegen Journalisten vorgegangen, die es wagten, den Finger in die Wunde zu legen. Ein klares Demokratieproblem, findet der Buchautor – und ein »Angriff auf die Pressefreiheit«.

Grässlin und seine Kollegen hätten noch einiges zu sagen. »Aus den Dokumenten der Whistleblower gäbe es noch vieles über widerrechtlichen Waffenhandel zu veröffentlichen, aber offenbar muss ich erst einmal vorsichtig sein.« Aufgeben wird er deshalb jedoch nicht. »Seit 25 Jahren bekomme ich Unterlassungsklagen von Konzernen – die allesamt final vor Gericht scheiterten«, sagt Grässlin. Er legt sich seit jeher mit den ganz Großen an: Daimler, VW, Heckler & Koch. Zahlreiche Waffenexportskandale hat er aufgedeckt, zehn Bücher über das Geschäft großer Konzerne mit dem

Krieg geschrieben. Dass der Versuch, ihn mundtot zu machen, diesmal nicht direkt von den Konzernen, sondern von der Justiz kommt, ist für ihn »eine dramatische Steigerung, die ich nicht für möglich gehalten hätte.«

Für ihre Enthüllungen über illegale Waffenexporte nach Mexiko und die Verantwortung deutscher Kontrollbehörden hatten die Macher der ARD-

»Die Justiz hätte die Chance, die illegalen Exportpraktiken zu stoppen.«

Jürgen Grässlin

Doku und Autoren des Buches »Netzwerke des Todes« den Grimme-Preis erhalten. Die Journalisten deckten auf, dass über 10 000 G36-Sturmgewehre und MP5-Maschinenpistolen in die mexikanischen Provinzen Chiapas, Chihuahua, Jalisco und Guerrero ex-

portiert wurden. Für diese Provinzen besteht ein Ausfuhrverbot. Den Recherchen zufolge landeten die Waffen in den Händen korrupter Polizisten und Drogenbosse. Auch als die mexikanische Polizei auf Studenten schoss, kam das G36 zum Einsatz. »Das Testfeld Mexiko steht einmal mehr für die voraussehbare Nichteinhaltung unterzeichneter Endverbleibserklärungen – mit tödlichen Folgen.« erklärt Grässlin. Er spricht von einer »Triade des Todes«, bestehend aus Wirtschaftsministerium, Ausfuhramt und Rüstungskonzern.

Wolfgang Kaleck, der deutsche Anwalt von Whistleblower Edward Snowden, sieht in den Ermittlungen einen Beleg, dass deutsche Staatsanwaltschaften sich einfache taten, »politisch missliebige Journalisten denn ehrwürdige Unternehmer, die Waffen verkaufen, anzugehen«. Obgleich die Weltkarte der Pressefreiheit, herausgegeben vom Netzwerk Reporter ohne Grenzen, Deutschland ein gutes Zeugnis ausstelle, sei auch der deutsche Staat »gegen den Virus

der Repression gegen unliebsame Berichterstatter nicht immun«, schreibt Kaleck. Die Ermittlungen gegen die Blogger von netzpolitik.org, die Böhmermann-Affaire: Deutschland macht sich derzeit nicht gerade einen Namen als internationaler Vorkämpfer der Pressefreiheit.

Werden Grässlin und die anderen Journalisten verurteilt, droht ihnen eine einjährige Haftstrafe. Friedensvereine haben bereits eine Solidaritätskampagne gestartet und fordern, die Ermittlungen einzustellen. Anfang kommenden Jahres soll nach Grässlins Informationen auch das öffentliche Verfahren gegen die Mitarbeiter von Heckler & Koch beginnen. Sie werden beschuldigt, »gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande« illegale Waffenexporte organisiert zu haben. Unter den Beklagten sind zwei ehemalige Geschäftsführer, einer von ihnen Peter Beyerle. Der war vor seiner Heckler & Koch-Karriere Präsident des Rottweiler Landgerichts.

»Die Justiz hätte die Chance, die illegalen Exportpraktiken im Rüs-

tungsexportbereich zu stoppen«, sagt Grässlin. Er nennt ein Positivbeispiel: Nach der Strafanzeige, die er mit Paul Russmann als Sprecher der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« gegen den Waffenprozenten SIG Sauer wegen illegaler Waffenexporte erstattete, verhängte die Kieler Staatsanwaltschaft einen sofortigen Ausfuhrstopp.

Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft zeichne sich dagegen durch »folgschweres Verzögern und Verschleppen« aus, so Grässlin. »Denn die Schandtat der Bafa und des BMWI sind somit verjährt.« Damit sende man »eine doppelte Botschaft aus: An die Rüstungskontrollbehörden: Schaut weiterhin weg bei illegalen Rüstungsexporten – Sie bleiben vor Strafverfolgung verschont!« Und eine Botschaft an Rüstungskonzerne: »Verlegen Sie ihren Firmensitz nach Baden-Württemberg, hier haben Sie nichts zu befürchten. Schlimmer kann der Rechtsstaat nicht versagen – denn die Folgen sind tödlich.«

Globkes Bild im Kanzleramt

Anhörung im Bundestag zur weiteren Aufarbeitung der Kontinuität zwischen Nazi-Reich und Bundesrepublik

Am Mittwoch gibt es im Bundestag eine Anhörung von Historikern. Es geht um das Nazi-Erbe im Bundeskanzleramt.

Von René Heilig

Wo Adenauer war, war Globke nicht weit – und damit die unheilvolle auch personelle Verbindung der Bundesrepublik Deutschland mit der Nazi-Diktatur sichtbar. Staatssekretär Hans Josef Maria Globke, zwischen 1953 bis 1963 Kanzleramtschef von Konrad Adenauer, hatte 1936 einen Kommentar zu den Nürnberger Rassengesetzen mitverfasst. Adenauer ließ sich davon nicht stören.

In der DDR war Globke zu lebenslanger Haft verurteilt worden; sie hing seine Westkarriere an die sprichwörtlich große Glocke, unter anderem in einem Braunbuch, das 1965 erschien. Doch wie zum Trotz ehrt 50 Jahre später Angela Merkels Kanzleramt den Wegbereiter der Ju-

denverfolgung noch immer mit einem unkommentierten Porträt im vierten Stock. Während sich verschiedene Ministerien der Bundesregierung in den letzten Jahren zur wissenschaftlichen Erforschung ihrer NS-Belastung drängen ließen, verweigerte das Kanzleramt eine derartige offizielle Aufarbeitung seiner Gründerzeit bisher. Nun soll die in einem »ressortübergreifenden Forschungsprogramm« erfolgen. Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) will es diskret betreiben. Fünf Millionen Euro soll es kosten.

Elf Historikerkommissionen arbeiten derzeit die jüngere Geschichte von Ministerien auf. Jüngst hatten Experten vom Institut für Zeitgeschichte und vom Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschung angeregt, künftig über die Ministeriumsgrenzen hinweg zu recherchieren. Sicher ist es wichtig – wie Grütters behauptet – »NS-typische Verflechtungen der Institutionen untereinander,

mit der Landes- und Kommunalebene sowie mit nicht-staatlichen Einrichtungen« zu untersuchen. Doch wenn dabei nur allgemeine Abhandlungen oder eine lange Liste von NS-belasteten Ministern und Staatssekretären herauskommt, wäre wohl nur eines erreicht: Die Globkes wären Normalfall – Schwamm drüber.

So hatte sich das die Linksfraction nicht gedacht. Sie hatte den Antrag zur Einsetzung einer Historikerkommission auch zum Thema Kanzleramt gefordert. Zu viel bleibe außerdem noch unkonkret, kritisiert Vizefraktionschef Jan Korte Grütters Aussagen. Der Abgeordnete, der sich in den vergangenen Jahrzehnten für die Aufhellung der Kontinuität zwischen NS-Diktatur und der jungen Bundesrepublik stark gemacht hat, kann nur den Kopf schütteln über Grütters' Behauptung, das Kanzleramt habe sich nie verweigert, denn es unterstütze ja die Geschichtsforschung zum nachgeordneten Auslandsge-

heimdienst BND. Vielmehr hätten Kanzleramt und allen voran CDU und CSU damit verhindern wollen, dass die Rolle Globkes und anderer NS-Täter in führenden Ämtern der Bundesrepublik zur Sprache kommt. Korte meint zudem, »es wäre auch an der Zeit, dass die Union selbst einmal damit anfängt ihre Vergangenheit aufzuarbeiten.«

Die Linksfraction will, dass »eine tatsächlich unabhängige Historikerkommission« mit einem klaren Untersuchungsauftrag eingesetzt wird. Den beteiligten Historikern müsse freier Zugang zu allen notwendigen Akten garantiert werden.

Am kommenden Mittwoch wird es auf Antrag der Linksfraction im Ausschuss für Kultur und Medien zu einer Anhörung kommen. Sechs namhafte Historiker sollen ihre Positionen zu dem »Projekt Kanzleramt« darstellen. Die Veranstaltung im Paul-Löbe-Haus des Bundestages ist öffentlich.

ANZEIGE

IT-Mitarbeiter/in

Wir suchen zur Unterstützung unseres Teams eine/n IT-Mitarbeiter/in zum 1. Juli 2016.

Was bieten wir

- Viel zu tun
- angenehme Arbeitsatmosphäre
- zentrale Lage am Ostbahnhof
- angemessene Bezahlung entsprechend Haustarif

Das erwarten wir

- Abgeschlossenes Studium der Informatik oder gleichwertige Fähigkeiten und Erfahrungen durch mehrjährige berufliche Praxis
- Kenntnisse in Sage-KHK, SQL, Office-Kenntnisse inkl. MS-Access
- Freundlichen Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- Eigeninitiative und einen hohen Grad an Belastbarkeit

Von Vorteil sind

- Fundierte Kenntnisse in gängigen Server-Betriebssystemen
- Erfahrungen im Umgang mit Active Directory
- Sichere Bedienung von VMware 5.0 und 6.0
- Kenntnisse in der Verwaltung von Netzwerken

Interessiert?

Dann freuen wir uns darauf, Sie kennenzulernen. Richten Sie bitte Ihre Bewerbung bis zum 10. Juni 2016 an: neues deutschland, Geschäftsleitung Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

oder per E-Mail an: geschaeftsleitung@nd-online.de